

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
24.10.2014
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Doris Kamenzky
Telefon-Nr.
02202-141484

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Dienstag, 13.05.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer **17:00 Uhr - 18:58 Uhr**

Unterbrechungen **Keine**

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 05.02.2014 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 05.02.2014
*0125/2014***
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 Unfallschwerpunkte Refrather Weg in Höhe Finanzamt sowie Refrather Weg/Gro-nauer Mühlenweg**

- 0157/2014*
- 6 "Tempo 20" Untere Hauptstraße**
0176/2014
- 7 Erfahrungsbericht Parkraumbewirtschaftung**
0179/2014
- 8 Projekt stadt :gestalten | Ausstattung/ Möblierung | Wegweisung/ Beschilderungs-
konzept Stadtmitte**
0168/2014
- 9 Stellungnahme Stadt Bergisch Gladbach zum Lärmaktionsplan Overath**
0115/2014
- 10 Ausbau der Straße "Eichen"**
0166/2014
- 11 Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Vorauswahl der Leuchtentypen**
0169/2014
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 12.1 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 15.03.2014 zum Anlegen von Blühstreifen bzw.
Blühflächen auf städtischen/kommunalen Grünflächen in Bergisch Gladbach**
0158/2014
- 12.2 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 25.03.2014 zur Errichtung zusätzlicher Fahr-
radstellplätze an der S-Bahnhaltestelle Duckterath**
0159/2014
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Peter Baeumle-Courth eröffnet als Ausschussvorsitzender um 17.00 Uhr die 26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der Achten Wahlperiode. Er begrüßt die anwesenden Teilnehmer und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis. Für die CDU-Fraktion nehmen Herr Karl Maas für Herrn Peter Mömkes und Herr Alexander Voßler (nach Verpflichtung) ab 17.15 Uhr für Herrn Christian Buchen an der Sitzung teil, für die FDP-Fraktion Herr Dr. Reimer Fischer für Herrn Martin Ebbinghaus und Herr Hans G. Ullmann als sachkundiger Bürger für Herrn Mike Gürgens.

Die in der Einladung angekündigte Vorlage 0169/2014 „Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Vorauswahl der Leuchtentypen“ ist am Vortag ausgetragen worden und liegt zusätzlich aus.

2. Genehmigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 05.02.2014 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird ohne Anmerkungen und Einwände genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 05.02.2014 *0125/2014*

Der Bericht wird ohne Nachfragen und Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler hat 2 Mitteilungen.

1. Er stellt stichwortartig die **Energieverbräuche** einiger großer Gebäudekomplexe überschlägig vor, die in den vergangenen Jahren aus städtischen Mitteln und aus Mitteln des Konjunkturpaketes saniert worden sind. Über die Energiesparcontractingmaßnahmen sei der Ausschuss jeweils informiert worden. Die Gesamtergebnisse seien erstaunlich positiv.

Beim Albertus-Magnus-Gymnasium seien 2003 1,5 Mio. kWh Heizenergie - 2011 nur noch 700.000 kWh verbraucht worden, also eine Verringerung, selbst wenn man witterungsbedingte Effekte herausrechne, um bis zu 50 %. Das Energiesparcontracting habe die größte Ersparnis erbracht.

Die Maßnahmen an den Gebäudehöhlen aus Mitteln des Konjunkturpaketes hätten 2011 zu zusätzlicher Ersparnis in Höhe von ca. 10 % geführt.

Contractingmaßnahmen beim Rathaus Konrad-Adenauer-Platz, der Grundschule Katterbach, der Grundschule Refrath, In der Auen, dem Betriebshof Obereschbach und dem Schulzentrum Hebborn hätten auch eine Energieersparnis von 145.000 € pro Jahr erbracht. Zunächst würden aus den Ersparnissen die Investitionen bezahlt. Danach ergebe sich ein direkter Vorteil für die Stadt.

Andere Contractingmaßnahmen beim Rathaus Bensberg, der IGP, den Grundschulen in Hand und Gronau, den Gemeinschaftsgrundschulen Hand und Bensberg, den Turnhallen in Hand und Sand hätten auch 88.500 DM (älteres Projekt aus 2001) Ersparnis erbracht.

Weitere Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket: Im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium habe die Dachsanierung in Höhe von 800.000 € zu einer jährlichen Heizkostensparnis von 14.000 €, ca. 15 % geführt, infolge der Sanierung des Sporthallendaches und der Fassaden der IGP in Höhe von 675.000 € würden 20 % - 25 %, - 20.000 € p.a. gespart. So lasse sich die Reihe fortsetzen. Als besonders zufriedenstellend betrachte er, dass es gelungen sei, 90 % der Mittel des Konjunkturpaketes in die Bildungsinfrastruktur einzubringen und dort überwiegend in solche Maßnahmen, die der Stadt über viele Jahrzehnte Geld sparen und der Umwelt nützen.

2. Herr Schmickler informiert zum **Lärmaktionsplan**. Die Beteiligung bis Ende April sei sehr zufriedenstellend verlaufen, insbesondere der Rücklauf über das Internet. Insgesamt seien 331 Fragebögen eingegangen, davon ca. die Hälfte im Onlineverfahren. Der Rest zum überwiegenden Teil schriftlich, ein kleinerer Teil persönlich oder per E-Mail. Die große Bandbreite der Rückläufe werde Schritt für Schritt ausgewertet und in den Lärmaktionsplanentwurf eingearbeitet und als fortgeschriebener Entwurf voraussichtlich Ende dieses Jahres oder Anfang des kommenden Jahres wieder vorgestellt.

Herr Kremer ergänzt zu der in einer der Arbeitsgruppen gestellten Frage, ob man das nach den entsprechenden Fragenblöcken aufteilen könne, dass die Kollegin das nach Erhalt der Bögen in Zahlen darstellen werde.

Herr Komenda erkundigt sich, ob die vorgetragenen Energieersparnisse u.U. auch zu Investitionen bei anderen Gebäuden Hoffnung gäben, z.B. bei einigen Schulen, bei denen Fenster wegen Undichtigkeit zugeschraubt seien.

Ferner vermisst Herr Komenda ausführlichere Sachinformationen zur Marktgalerie. Die Presseinformation sei eher Werbung für Centerscape gewesen.

Herr Schmickler hat Zweifel, dass die Aufsichtsbehörde auf der Grundlage solcher Zahlen der Stadt einen erhöhten Kreditrahmen bewillige, denn eindeutige Vorgaben des Landes stünden dem entgegen.

Für die nachfolgend zu diskutierende Straßenbeleuchtung sei mit viel Mühe, aber auch mit Berechtigung, eine besondere Genehmigung erteilt worden. Er gehe davon aus, weitere Maßnahmen im Rahmen des normalen Kreditdeckels abzuwickeln.

Zur Marktgalerie informiert Herr Schmickler, dass die Vertragsabschlüsse zwischen der Stadt und Centerscape vor Vollendung stehen. Der letzte Vertrag werde voraussichtlich Ende der Woche unterzeichnet, sobald einige Anlagepläne aktualisiert seien. Die anderen Verträge seien unterschrieben und vollziehbar. Aufgrund der Situation ausländischer Vertragsbeteiligter verzögere sich die grundbuchamtliche Eintragung, da diesbezüglich zusätzliche Stellen beteiligt werden müssten. Das sei durchaus normal. Im Übrigen werde man sich in den nächsten Tagen wegen der weiteren Umsetzungsschritte zusammensetzen.

Zu den weitergehenden Fragen von Herrn Komenda nach dem in der Presse erwähnten Gutachten und dem Gerücht einer Klage beim Oberverwaltungsgericht informiert Herr Schmickler, dass ersteres die Baugenehmigung betreffe.

Das Gericht habe für die Anlieferung einen Fahrversuch durchführen lassen, dessen Ergebnis der Kläger als fehlerhaft anzweifle. Zur Befriedung habe das Gericht das Gutachten eines neutralen Gutachters angefordert. Da die Belieferung auch mittels kleinerer Fahrzeug erfolgen könne, was auch in Vorverhandlungen angesprochen worden sei, sehe er diesen Einwand nicht als entscheidend an. Sowohl die Baugenehmigung als auch die Abbruchgenehmigung seien beide normal vollziehbar. Insofern bestehe Dissens nur auf juristischer Ebene.

Beim Oberverwaltungsgericht sei eine Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan anhängig von Klägern, die auch gegen die Baugenehmigung klagten. Das habe aber keinerlei Wirkung auf die Baugenehmigung. Selbst wenn über die Normenkontrollklage der Bebauungsplan in 2 Jahren für fehlerhaft erklärt werde, gehe er davon aus, dass dann baulich ein Stand erreicht sei, mit der Maßnahme fortzufahren. Die vorliegende Baugenehmigung könne auch ohne einen gültigen Bebauungsplan erteilt werden und somit bestehe auch dann keine Notwendigkeit, selbige aufzuheben. Er halte das für eine rein juristische Auseinandersetzung und sehe keine strategischen Gefahren für das Projekt. Der Bauherr sehe das genauso.

5.1. Unfallschwerpunkte Refrather Weg in Höhe Finanzamt sowie Refrather Weg/Gronauer Mühlenweg *0157/2014*

Herr Zalfen hinterfragt die Information in der Vorlage, dass die Erneuerung des Streckenabschnitts in der ersten Jahreshälfte 2014 erfolgen solle.

Herr Hardt bestätigt diese Absicht und geht von der Umsetzung bis Ende Juni 2014 aus. Ursprünglich habe man beabsichtigt, diese Maßnahme mit der Maßnahme des Kreises in der Verlängerung Neufeldweg zu bündeln. Dabei wäre aber das ausschreibungspflichtige Volumen überschritten worden.

Herr Schundau hat 2 Anmerkungen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hält den Unfallschwerpunkt in Höhe des Finanzamtes durch Geschwindigkeitskontrollen für entschärfbar, da als Hauptursache überhöhte Geschwindigkeit angesehen werde.

2. Hinsichtlich der Unfälle an dem Überweg Gronauer Mühlenweg/Refrather Weg bedauert er sehr, dass immer erst gewartet werde, bis Unfälle geschähen. Bereits bei der Einrichtung der Ausfahrt von Kaufland an dieser Stelle sei auf eine mögliche Problematik für querende Fußgänger hingewiesen worden. Zur Beseitigung der Ursache helfe es nicht Äste abzuschneiden oder Hecken zu kürzen, sondern es müsse die Kauflandausfahrt in den Gronauer Waldweg verlegt werden.

Herr Hardt bestätigt beim Unfallschwerpunkt 1, dass überhöhte Geschwindigkeit ein Kriterium sei. Aber die Stadt stehe als Baulasträger unter Zugzwang, fehlende Griffigkeit der Fahrbahn bei Nässe zu beheben. Beim Unfallschwerpunkt 2. gehe es um Fußgänger und Fahrzeuge, die aus dem Gronauer Mühlenweg herauskommen. Kritisch sei weniger die Kauflandausfahrt als die Ausfahrt Gronauer Mühlenweg, die schon immer vorhanden gewesen sei. Beabsichtigt sei, die Situation für Fußgänger zu verbessern, indem ihnen ein entsprechender Vorlauf gewährt und mittels Blinksignal auf sie aufmerksam gemacht werde. Auf das Privatgrundstück habe die Stadt keinen Einfluss. Auch bei gestutzter Hecke bleibe die Situation für Fußgänger ungünstig, da parallel sowohl Fußgänger als auch nach links abbiegende Fahrzeuge Grünsignal hätten.

Frau Stauer regt an, zur Unfallvermeidung in Höhe der Einmündung Roplasto, bib, Finanzamt, zur Entschärfung des toten Winkels, dort für Linksabbieger einen Spiegel anzubringen.

Herr Widdenhöfer geht davon aus, dass im Bereich des Finanzamtes eine Messstelle eingerichtet sei. Falls nicht, werde dies mit der Polizei geklärt. Ebenso die Möglichkeit, dort einen Spiegel zu installieren. Der Rheinisch-Bergische Kreis, die Straßenverkehrsbehörde, sehe das nicht so gern.

Herr Dr. Baeumle-Courth begrüßt Herrn Alexander Voßler und bittet ihn zur Vereidigung für den Rest der Wahlperiode.

6. "Tempo 20" Untere Hauptstraße
0176/2014

Herr Zalfen ist über die Einstufung diese Vorlage als Mitteilungsvorlage verwundert, weil die Verwaltung am Ende signalisiere, dass der Ausschuss eine Aufstufung der Dechant-Müller-Straße/Kalkstraße zur Landesstraße und eine Abstufung der Hauptstraße zu einer Gemeindestraße anregen könne, um das dann bei der Bezirksregierung zu beantragen. Er erinnert daran, dass eine Mehrheit dieses Ausschusses Tempo 20 in diesem Teil der Hauptstraße wünsche. Nach erfolgter Diskussion im Arbeitskreis rege die SPD-Fraktion an, die genannten Straßen aufzustufen.

Herr Dr. Baeumle-Courth bekräftigt, dass dem Ausschuss freistehe, nach erfolgter Beratung einen Beschluss zu fassen.

Herr Schundau schließt sich als Vertreter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Antrag auf Umstufung an, um die Maßnahme endlich umsetzen zu können.

Herr Widdenhöfer informiert, dass man zunächst die Form der Mitteilungsvorlage gewählt habe, um die Bedenken der Bezirksregierung, des Kreises und der Polizei gegen den gefassten Beschluss zu benennen. Der Antrag könne gestellt werden, aber ob die Bezirksregierung dem stattgebe, sei unsicher. Vorausgesetzt sie würde stattgeben und die Straße würde umgewidmet, müsse als zweite Voraussetzung erfüllt sein, dass es sich um einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich handele, mit Aufenthaltsfunktion und hohem Fußgängeraufkommen. Ein gutes Beispiel hierfür sei die Straße Siebenmorgen, als Mischfläche. Vorliegend bestehe aber noch eine Straße mit Geh- und Radweg sowie Straßenfläche. D.h., Umbauarbeiten würden zwingend gefordert. Das bitte er zu bedenken.

Herr Galley kann die Begründung des zusammenhängenden Geschäftsbereichs in Refrath-Siebenmorgen nachvollziehen. Unklar sei ihm eine derartige Begründung am Busbahnhof/Bahnhof.

Herr Schmickler führt die dortige Gestaltung auf das hohe Fußgängeraufkommen von 12.000 zurück. Zählungen hätten seinerzeit eine gleichhohe Zahl von Fußgängern und Fahrzeugen ergeben.

Herr Widdenhöfer verliest den Gesetzestext mit den Voraussetzungen für die Bezeichnung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs „in zentralen städtischen Bereichen, mit hohem Fußgängeraufkommen und überwiegender Aufenthaltsfunktion“. Dort könnten auch Geschwindigkeiten von weniger als 30 km/h eingerichtet werden. Dazu müsse der PKW-Verkehr etwas in den Hintergrund gedrängt werden.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass die hohe Aufenthaltsqualität nicht nur Voraussetzung, sondern auch ein angestrebtes Ziel sein könne.

Herr Wagner stimmt dem für die CDU-Fraktion zu. Neben der erkennbaren Problematik interessiert ihn, ob vorliegend eine Lösung wie am Busbahnhof mit Share Space System denkbar sei. Ehe dort aus einer Durchgangsstraße eine reine Fußgängerzone eingerichtet werde bittet er, die Händler in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Er wisse, dass einige Händler über durchfahrende

Autos erfreut seien, damit ihre Läden überhaupt gesehen würden, z.B. die Fahrradwerkstatt Radwerk. Auch gebe es dort viele Einfahrten, wie die des Arbeiter Samariterbundes (ASB) mit zahlreichen Fahrzeugen. Das Risiko des Wegzugs und eines weiteren Ausblutens dieses Stadtbereichs sei zu bedenken. Die Einführung von Tempo 20 und eine Reduzierung des Verkehrs durch Umlenkung über die Kalkstraße und Dechant-Müller-Straße würden begrüßt. Schließlich diene es niemandem, wenn man den Verkehr in der Stadt auf wenige einzelne Flächen konzentriere. Dabei verlagere man den Verkehrspfpfen irgendwohin. Je mehr Möglichkeiten für den Verkehr unterbunden würden sich zu verteilen, desto unangenehmer werde es, in die Stadt hineinzukommen.

Herr Höring geht davon aus, dass Einigkeit darüber bestehe, die Aufenthaltsqualität auf der unteren Hauptstraße zu verbessern. Dazu schlägt er vor, aktuell die Umwidmung zu beschließen und gleichzeitig die Verwaltung zu beauftragen, ein entsprechendes Verkehrskonzept zu erarbeiten mit konkreten Planvorschlägen und Kostenbenennung. In die Entscheidungsfindung sollen die Interessen von Händlern, Eigentümern, Bewohnern, Rad- und Autofahrern einbezogen werden.

Herr Zalfen schließt sich diesen Ausführungen an. Er sieht einen deutlichen Zusammenhang der Fußgängerströme mit der FHDW, deren Studenten den S- und Busbahnhof anstreben würden. Die Geschwindigkeit sehe er nicht als Problem an, da der Bus halte und den Verkehr stoppe, die Bebauung relativ eng sei und auch die Bepflanzung den Durchfluss verlangsamt. Er fahre deshalb schon jetzt häufig über die Dechant-Müller-Straße/Kalkstraße. Das Einbeziehen der Eigentümer könne auch dazu führen, dass der dortige Bereich aufgewertet werde und langfristig zu einer höherwertigen Nutzung führe, auch zum Nutzen der Stadt.

Herr Dr. Fischer schließt sich für die FDP-Fraktion den Ausführungen der CDU- und der SPD-Fraktionen an. Darüber hinaus weist er auf das integrierte Verkehrskonzept hin, das irgendwann erstellt und beschlossen werden sollte und darüber hinaus auf die irgendwann anstehende Untertunnelung der S-Bahn an der Tannenbergsstraße. Beides müsse neben den Kosten in die Planung mit einbezogen werden.

Herr Galley stimmt den Ausführungen von Herrn Wagner zu. Auch könne er sich vorstellen, diese Planung an den Ausschuss für Stadtentwicklung abzugeben, da er in der unteren Hauptstraße Entwicklungspotential sehe, die über eine verkehrsberuhigte Zone hinausgehe.

Herr Dlugosch erkundigt sich nach der Unterhaltspflicht für diesen Straßenbereich. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe nicht den Eindruck, dass dort tatsächlich so viele Fußgänger unterwegs seien. Seines Erachtens würde eine Reduzierung der Geschwindigkeit von Tempo 50 auf Tempo 30 ausreichen. Darüber hinaus stimmt er den Ausführungen Herrn Wagners zu. Er bittet zu bedenken, ob von der Wirtschaftsstruktur Bergisch Gladbachs überhaupt noch Raum bestehe für weitere attraktive Geschäfte.

Herr Dr. Baeumle-Courth bestätigt, dass zu bestimmten Zeiten in der unteren Hauptstraße zahlreiche Fußgänger unterwegs seien. Aber es stehe ja nicht die Einrichtung einer Fußgängerzone zur Diskussion, sondern die Reduzierung der Geschwindigkeit.

Herr Schmickler ergänzt, dass die Straße heute schon in der Baulast der Stadt Bergisch Gladbach stehe, durch eine Umwidmung also keine Veränderung erfolge.

Herr Schundau führt aus, dass der Antrag eine Entwicklungsmöglichkeit dieses Bereiches zum Ziel gehabt habe. Für eine weitergehende Möblierung stehe ohnehin kein Geld zur Verfügung. Er erinnert, dass jede Veränderung in der Vergangenheit schrittweise erfolgt sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen:

Die Anregung der Verwaltung, bei der Bezirksregierung eine Umstufung zu beantragen und die Anregung, die Verwaltung zu beauftragen, ein Gestaltungskonzept für die untere Hauptstraße zu erstellen, werden mit einer Enthaltung von Herrn Komenda einstimmig angenommen.

7. Erfahrungsbericht Parkraumbewirtschaftung

0179/2014

Herr Dlugosch regt an, die Höchstparkdauer nicht aufzuheben, sondern auf 4 Stunden zu erhöhen. Dadurch werde verhindert, dass zu viele Dauerparker Kunden Parkplätze in der Innenstadt wegnähmen.

Herr Wagner führt für die CDU-Fraktion aus, die Ergebnisse der heutigen Diskussion an die Verwaltung zurückzugeben mit der Bitte ein neues Parkraumkonzept zu erstellen. Erfahrungen hätten gezeigt, dass zwischen 18.00 Uhr bzw. 17.45 Uhr und 20.00 Uhr nur geringe Einnahmen zu verzeichnen wären. Dann werde vorgeschlagen, in Zone 1 kein Tagesticket zu vergeben, da die begehrten Parkplätze inmitten der Innenstadt einen höheren Umschlag verträgen und Dauerparker daran gehindert würden, diese begehrten Plätze einen ganzen Tag lang zu blockieren. Dagegen solle die Nutzung von Tages- und Monatstickets in Zone 2 weitest möglich ausgedehnt werden. Darüber hinaus verweist er auf das anhängende Schreiben der Vereinigten Interessengemeinschaft. Für die Händler sei die Brötchentaste sehr entgegenkommend und wichtig, weil viele Kunden mal eben in den Laden oder zur Bank gingen. Diesen Kundenkreis aus der Innenstadt herauszutreiben, hält er für keine gute Idee, zumal sich das Kundenverhalten zugunsten von Onlinekäufen ohnehin stark verändert habe. Des Kunden größter Einkaufskorb sei nun mal der Kofferraum seines Autos. Die Rhein-Berg Galerie bestehe seit geraumer Zeit, die Parksituation an der Buchmühle habe sich verändert und das Parkhaus am Bergischen Löwen werde privatwirtschaftlich geführt. Die daraus gemachten Erfahrungen solle die Verwaltung in ein neu zu erstellendes Parkraumkonzept einfließen lassen und dieses dem Ausschuss vorstellen.

Herr Galley hält die Zahlungsmöglichkeit von Parkgebühren mit Geldkarte oder Handy auch in Bergisch Gladbach für dringend geboten. Stets passendes Kleingeld verfügbar haben zu müssen, sei höchst ärgerlich. Bei der Stadt Köln funktioniere diese Zahlungsart reibungslos.

Zur Brötchentaste widerspricht er Herrn Wagner vehement, denn er könne den mit dieser Methode mit finanzierten CO₂ Ausstoß nicht unterstützen. Er könne sich nicht vorstellen, dass in einer Viertelstunde eine qualifizierte Verkaufsberatung möglich sei.

Herr Schundau fehlt das Verständnis dafür, sogenannte freiwillige Leistungen wie Jugendarbeit, z.B. im Hermann Löns-Viertel, nicht finanzieren zu können (60.000 €) und statt dessen auf Einkünfte aus der sogenannten Brötchentaste in Höhe von 100.000 € zu verzichten. Wenigstens müssten die Händler und Händlerinnen diesen Betrag refinanzieren, wie andernorts üblich.

Herr Höring merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sicherlich auch irgendwann einsehen werde, dass keine Gelder mehr für Jugendarbeit gebraucht würden, wenn keine Menschen mehr da seien und keine Einnahmen mehr erzielt würden. Die CDU-Fraktion unterstütze die Beibehaltung der Brötchentastenregelung ausdrücklich, denn dabei handele es sich um ein Stück Wirtschaftsförderung in dieser Stadt.

Herr Höring hält ebenso wie Herr Galley für unerfreulich, dass immer noch Kurzstrecken mit dem Auto zurückgelegt würden. Er bezweifle aber ernsthaft, dass sich daran durch Abschaffung der Brötchentastenregelung etwas ändere. Gemeinsam herrscht Unverständnis darüber, dass Handyparken in Bergisch Gladbach nicht funktioniere, wogegen es in anderen Städten wie Köln vollkommen

unproblematisch sei. Dort gebe es einen Anbieter bzw. ein System, Mobil-parken.de, bei dem der Autofahrer unter 4 Anbietern wählen und seine Parkgebühren zahlen könne. Zur Erkennung werde bei allen Vieren die gleiche Vignette ins Auto geklebt. Als Begründung der Verwaltung würden die Erfassungsgeräte für die Abrechnung und für die Verwarnungsgelder angeführt. Daher erkundigt sich Herr Höring auch für die CDU-Fraktion, wann diese voraussichtlich ausgetauscht würden, um spätestens dann auch das Handyparken einzuführen und vorher auf umrüstungsbedingte Zusatzkosten zu verzichten. Sowohl mit Smartphones als auch älteren Handys ließe sich per Anruf oder SMS mit nahezu hundertprozentiger Verlässlichkeit zahlen.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um Konkretisierung des auf Seite 16 aufgeführten Begriffs „umgehend“.

Herr Widdenhöfer äußert Verständnis zu den bei einer Abendveranstaltung mit den Einzelhändlern vorgetragenen und in dem der Vorlage beigefügten Brief dargelegten Ausführungen und Sorgen der Einzelhändler. Er schlägt deshalb vor, die Anregungen verwaltungsintern zu prüfen und dem Ausschuss noch in diesem Kalenderjahr eine überarbeitete, detaillierte Vorlage zur Parkraumbewirtschaftung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Wagner merkt an, dass es den Ratsmitgliedern nicht zustehe, die Bürger in ihrem Autofahrverhalten bevormunden zu wollen. Gleichzeitig erinnert er daran, wie viele Arbeitsplätze direkt und indirekt vom Auto abhängig seien, im Binnenmarkt wie im Export.

Herr Zalfen kritisiert die Brötchentaste in unmittelbarem Bezug zur Jugendarbeit zu stellen. Der Bürger habe beim Zahlen von 50 Cent Parkgebühr keinesfalls das Gefühl, etwas Gutes für die Jugendarbeit getan zu haben. Das dürfe nicht vermischt werden. Darüber hinaus nimmt auch er an, dass die einmal erworbene Mobilität den Menschen nicht mehr genommen werden könne. Daher sei es notwendig, intelligentere Konzepte oder umweltschonendere Fortbewegungsmittel zu entwickeln.

Herr Komenda erzählt, dass er kürzlich in Siegburg bei einem Schnelleinkauf für fünfminütiges Parken auf einem Schotterplatz 1,40 € habe zahlen müssen. Das nehme er zum Anlass, sich künftig anders zu orientieren. Von eigenen Kunden wisse er, dass diese häufig keine Beratung bräuchten, sondern nur schnell eine Kleinigkeit kaufen würden. Wenn das Kurzzeitparken wegfallen fürchtet er, dass diese Kunden auch derartige Artikel andernorts einkaufen würden.

Frau Stauer schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen von Herrn Zalfen und Herrn Komenda an. An Herrn Schundau gewandt erinnert sie daran, dass sich kürzlich die Mehrheit des Rates für die sehr kostspielige Translozierung des Waatsacks eingesetzt habe.

Die Zusammenfassung von Herr Dr. Baeumle-Courth, die **Verwaltung zu ersuchen, dem Ausschuss für Umwelt-Klimaschutz und Verkehr innerhalb der kommenden 7 Monate ein neues Parkraumbewirtschaftungskonzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, wird einstimmig angenommen.**

8. Projekt stadt :gestalten | Ausstattung/ Möblierung | Wegweisung/ Beschilderungskonzept Stadtmitte

0168/2014

Herr Zalfen informiert über die Zustimmung der SPD-Fraktion zu der Gestaltung der neuen Hinweisschilder. Die anfallenden Kosten für Hinweise auf Gewerbebetriebe sollten jedoch nicht von der Stadt bzw. dem Stadtentwicklungsbetrieb gezahlt werden, sondern von den Gewerbetreibenden selbst.

Herr Höring stimmt dem uneingeschränkt zu und erkundigt sich, ob die vorgesehen Schilder mit Schildern im Rahmen der Tourismusförderung oder denen für Wanderwege, z.B. hinsichtlich Farbgebung abgestimmt seien oder völlig abweichen würden.

Herr Dr. Baeumle-Courth hält die jeweilige Gestaltung und Farbgebung für völlig autonom.

Herr Schmickler erklärt dazu, dass die Schilder für ein solches regionales Wanderwegenetz, z.B. die sehr individuell gestalteten vom Sauerländischen Gebirgsverein, in erster Linie von der Konzeption her für Außenbereichsstandorte gedacht seien. Daher wirkten sie im Stadtgebiet manchmal ein wenig fremd. Darüber hinaus gebe es das landesweite, für große Verkehrsknotenpunkte gedachte Radwegebeschilderungssystem. Allein von der Zahl her die Schilder koordinieren zu wollen, sei schon kaum umsetzbar, geschweige denn alles in einem System gestalten zu wollen. Im Übrigen habe er im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht, dass jeder seine guten Gründe dafür habe, warum er etwas so und nicht anders gestalte. Herr Schmickler hält es für das Sinnvollste, innerhalb der Stadt in einem System mittels unterschiedlicher Farbkennzeichnung die touristischen, kulturellen, wirtschaftlichen und die Verwaltungsziele abzubilden.

Herr Höring weist darauf hin, dass im Rahmen der Wanderwegbeschilderung auch auf interessante gastronomische Angebote abseits der Wanderrouten, teilweise innerhalb der Städte liegend, hingewiesen werde. Dazu jetzt ein völlig anderes System mit völlig anderen Farben einzurichten, hält er für suboptimal.

Frau Müller-Weit führt aus, diese Diskussion in einem völlig anderen Zusammenhang auch geführt zu haben. Ihr seien die anderen Schilder zu bunt, zu großformatig und mit zu vielen Detailinformationen beschriftet gewesen. Solch große Tafeln seien an der Buchmühle, im Garten der Villa Zanders und zwei auf dem Konrad-Adenauer-Platz aufgestellt worden. Da Farbe in der Fußgängerzone bisher sparsam verwendet worden sei, habe man sich entschieden mittels unterschiedlicher Farben auf öffentliche Einrichtungen oder Kultur, auf Einkaufszentren und Kommerz, auf Mobilität und Parken und auf Stadträume wie Buchmühle, Bahnhof und Konrad-Adenauer-Platz hinzuweisen. Diese Farben seien angelehnt worden an die Farben der Mobilitätsziele, der Strundeziele und des Lyrikpfads. Dort fänden sich alle Farben wieder.

Herrn Schundau ist wichtig, dass auch Hinweise auf das „Kunstmuseum Villa Zanders“ berücksichtigt würden.

Herr Dlugosch begrüßt die Farbe in der Fußgängerzone. Das Grau in Grau der Mülleimer, Bänke und Bodenbeläge könne durchaus noch etwas Farbe vertragen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Fischer, ob z.B. bei Umzug der VHS oder der Bücherei in ein anderes Gebäude, die Hinweisschilder ersetzt werden könnten oder ob jeweils die gesamte Stele ersetzt werden müsste, informiert Herr Schmickler, dass es sich vorliegend um ein singuläres System handle, was jederzeit beliebig verändert werden könne.

9. Stellungnahme Stadt Bergisch Gladbach zum Lärmaktionsplan Overath *0115/2014*

Herr Schundau stimmt stellvertretend für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN diesem Tagesordnungspunkt zu, aber erst jetzt benachrichtigt zu werden und nicht innerhalb des Zeitrahmens, habe Erstaunen ausgelöst. Die Stadt Overath habe die Aufstellung des Lärmaktionsplanes bereits 2012 beschlossen und die Stadt Bergisch Gladbach hierzu um Stellungnahme bis zum 24.02.2014

gebeten, was auch mit Schreiben vom 20.02.2014 erfolgt sei. Jetzt, im Nachhinein, solle der Beschluss im Ausschuss abgesehnet werden.

Herr Schmickler führt dazu aus, dass derartige Diskussionen fast so lang seien wie das Beteiligungsverfahren selbst. Fast immer würden, egal von wem, Fristen so gesetzt, dass innerhalb derer eine qualifizierte Vorbereitung einschließlich Einbeziehung des Ausschusses nicht möglich sei.

Das habe über viele Jahre zu der auch hier angewandten Form geführt. In ganz wichtigen Angelegenheiten habe man um Fristverlängerung ersucht oder die Zustimmung mittels Dringlichkeitsbeschluss herbeigeführt. Ansonsten sei in als unstrittig angesehenen Angelegenheiten vorab die Stellungnahme unter dem Vorbehalt des Ausschussbeschlusses abgegeben worden. Das sei über viele Jahre gängige Praxis gewesen und einvernehmlich gelaufen. Jetzt werde zum dritten Mal dieses Verfahren hinterfragt. Diese Formalie könne jederzeit, vorliegend in der neuen Ratsperiode, sofort geändert werden.

Herr Galley vermutet, dass die Praxis der Stadt Bergisch Gladbach, zu kurze Fristen zu setzen, ähnlich sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt die Stellungnahme der Verwaltung zur Aufstellung des Lärmaktionsplans Overath Stufe II gemäß § 47d Bundesimmissionsschutzgesetz einstimmig.

10. Ausbau der Straße "Eichen" 0166/2014

Herr Höring begrüßt grundsätzlich die Ausführung dieser Maßnahme und erkundigt sich danach, wo im Stadtgebiet Prägeasphalt aufgebracht und wie tief dessen Prägung sei.

Herr Hardt informiert, dass Prägeasphalt in Teilen der Straße Kippekausen aufgebracht worden sei, an Stelle der früheren Aufpflasterung. Ebenso im Bereich des befahrenen Teils der Straße Siebenmorgen, in einem roten Farbton. Aussehend wie hochwertiges Pflaster, einschließlich Fugen, zwar etwas teurer aber dafür wesentlich haltbarer als Pflaster. Einziges Manko sei, dass sich bei Aufbrüchen Pflaster leichter wieder herstellen lasse. Beabsichtigt sei, hierzu die Submission abzuwarten. Bei nur geringem Preisunterschied wolle man sich für Prägeasphalt entscheiden.

Herr Schundau stimmt der Maßnahme, stellvertretend für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vollumfänglich zu, auch wenn damals nicht zugestimmt worden sei. Ihn interessieren die finanziellen Auswirkungen für die Stadt.

Herr Hardt bestätigt keine Folgekostenberechnung beigefügt zu haben. Üblicherweise würden bei Erschließungskostenabrechnung nach dem Baugesetzbuch 90 % der Gesamtkosten auf die Anliegergrundstücke umgelegt. Nur 10 % der Gesamtkosten verblieben bei der Stadt. Die schon verauslagten Kosten für die Erstellung der Baustraße vor Baubeginn sei immer höher als die 10 % Verbleib der Gesamtkosten bei der Stadt nach endgültiger Fertigstellung.

Herr Dr. Baeumle Courth erinnert nachdrücklich an den im Rat gefassten generellen Beschluss, immer, auch bei hohen Arbeitsbelastungen, wenigstens eine grobe Abschätzung der finanziellen Auswirkungen einer Maßnahme zu benennen, denn das erleichtere den Rats- und Ausschussmitgliedern die Orientierung.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt einstimmig, bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Straße „Eichen“ gemäß der in der Sitzung vorgestellten Form auszubauen.

11. Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Vorauswahl der Leuchtentypen *0169/2014*

Herr Dr. Baumele-Courth führt ein, dass diese Vorlage am Vortag in die Fraktionen hereingereicht worden sei. Viele der Ausschussmitglieder hätten sich bereits bei der Ortsbegehung der Gestaltungskommission am 29.04.2014 von den Leuchten einen guten Eindruck verschaffen können. Er dankt für die Organisation dieses Treffens.

Auch Herr Komenda lobt diese Veranstaltung. Er sei jedoch sehr erstaunt gewesen in der Vorlage zu lesen, dass bei den dekorativen Leuchten nicht der Gewinner mit in der Auswahlliste aufgeführt sei, sondern nur die klassischen Leuchten. Das, wie ihm scheine, mit einer fadenscheinigen Begründung, denn entweder wisse man schon vorher, dass das technisch nicht möglich sei und dann stelle man sie gar nicht erst zur Wahl. Oder, es gehe doch und er vermute einen höheren Willen dahinter, dass diese Leuchte trotz der höchsten Punktzahl nicht gewonnen habe. Er habe die Idee begrüßt, für Wohnstraßen zwei verschiedene Leuchtentypen verfügbar zu haben, um den Bürgern, dort, wo es sinnvoll und möglich erscheine, die Wahlmöglichkeit zwischen klassischer oder moderner Leuchte anzubieten. Das verstehe er unter Bürgerbeteiligung. Herr Komenda bittet das zu begründen.

Herr Schmickler führt aus, das Thema im Haus intensiv und nicht nur einvernehmlich diskutiert zu haben. Es gebe dazu zwei, drei Argumente

Zum einen könne er sich schwer vorstellen, dass sich in einer durchschnittlichen Straße eine relativ breite Mehrheit für einen Leuchtentyp entscheide. Er vermutet, dass eine solche Entscheidung sehr stark geschmacksgeprägt sein werde, was aber nicht das Entscheidende sei.

Entscheidend sei folgende Frage. Es sei allseits bekannt, dass in einem Ausschreibungsverfahren in aller Regel nicht ein ganz bestimmter Leuchtentyp fest vorgegeben werden könne, sondern es müssten vergleichbare, ähnliche Produkte akzeptiert werden. Aufgrund dessen habe man sich bei den sogenannten Dekorativen Leuchten einmal angeschaut, welche unterschiedlichen Modelle die größeren Hersteller anbieten. Da gebe es den Typ der klassischen Laterne, der bei der Designbewertung mit zwei Modellen vorne gelegen habe. Zu diesem Typus gebe es viele relativ ähnliche Ausführungen bei allen großen Herstellern, so dass man mit einem solchen Leitprodukt in die Ausschreibung gehen könne und man am Ende auch ungefähr das bekomme, was man sich ursprünglich vorgestellt habe. Dieser in der modernen Grundform seit Jahrzehnten am Markt übliche Modelltyp sei in vielen Städten auch in hochwertigen Architektursituationen zu finden und er gehe davon aus, dass das auch noch in vielen Jahren so sein werde. Hier gehe es nicht um Geschmack sondern darum, dass die heute anstehende Entscheidung auch in 20-30 Jahren noch akzeptiert werden könne. In dieser Hinsicht hege er bei den modernen LED-Leuchtentypen Vorbehalte. In dieser Hinsicht verweist er auf die professionellen stadtgestalterischen Kenntnisse von Frau Müller-Veit, die diese Sichtweise teile. Herr Schmickler betont, dass seine Bedenken keine persönliche Geschmacksangelegenheit seien. Seine Vorbehalte bezögen sich auf ein Ausschreibungsverfahren, das die Steuermöglichkeiten einschränke. In diesem Zusammenhang fürchte er wirtschaftliche und vergaberrechtliche Risiken. Daher favorisierten Herr Schmickler und Frau Müller-Veit ein Leuchtenmodell und nicht mehrere zur Auswahl.

Herr Komenda regt hinsichtlich des ersten Punktes an, mehr Vertrauen zu entwickeln, denn die Mitarbeiter Herr Leuthe und Herr Hardt würden dieses Mitentscheidungsverfahren der Anwohner bei Straßenbauprojekten und Anpflanzungen seit Jahren mit Erfolg handhaben.

Er selbst möchte nicht im Vorfeld zu verschiedenen Lampentypen gefragt werden, wenn hinterher ein Lampentyp ausgeschlossen werde. Das klinge für ihn nach persönlicher Geschmacksfrage. Daher beantragt Herr Komenda für die SPD-Fraktion die Möglichkeit den Bürgern beide Leuchtentypen anbieten zu können, klassisch wie modern.

Herr Höring schließt sich dem Dank für die Veranstaltung an und da im Besonderen für die Informationen des Ingenieurbüros. Jeder habe die Leuchten in Refrath ansehen können. Aufgrund der

unterschiedlichen Geschmäcker und der sehr unterschiedlichen Straßen spricht er sich für die CDU-Fraktion für die Auswahl zwischen zwei Leuchten aus. Um zu vernünftigen Ergebnissen und Einigkeit zu kommen, gebe es unter Umständen vermehrten Redebedarf. Er spricht sich dafür aus, den Bürgern das zuzutrauen, da sie ja schließlich Jahre und Jahrzehnte dort leben müssten.

Herr Schmickler warnt ausdrücklich davor. Er fürchtet mit der Ausschreibung der modernen Leuchte gestalterische Risiken einzugehen, denn das Vergabeverfahren sei diesbezüglich nicht beherrschbar. Man rede über einen 10 Mio. Auftrag mit entsprechenden wirtschaftlichen und juristischen Interessen. Er glaubt nicht, dass es wirklich gelinge am Ende Modelle auszuwählen, mit denen man in ästhetischer Hinsicht dauerhaft glücklich sein werde. Es gebe viele moderne Leuchten, deren Gestaltwert in 10 - 20 Jahren wahrscheinlich anders bewertet werde als heute. Die aktuell zu treffende Entscheidung werde das Stadtbild über Jahrzehnte sehr prägen, denn von den insgesamt ca. 11.000 Leuchten würden 3.000 bis 4.000 u.U. Leuchten des modernen Typs sein.

Herr Dr. Baemle Courth lässt über den Beschlussvorschlag und den Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

„Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt, die vorgestellten technischen Leuchten (Leuchtenfamilien) der Hersteller Schröder, Trilux, Nordeon und Philips als Leitprodukte in der geplanten EU-Ausschreibung zu benennen.“

„Als Leitprodukte für dekorative Leuchten sollen vorbehaltlich der Unbedenklichkeit aus rechtlicher Sicht die vorgestellten Produkte der Hersteller Siteco und Nordeon (klassische Laterne) benannt werden.“

um „klassische Laterne plus moderne Laterne“, so dass beide Variationen vorgesehen sind, wird mit 2 Gegenstimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich so angenommen.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 15.03.2014 zum Anlegen von Blühstreifen bzw. Blühflächen auf städtischen/kommunalen Grünflächen in Bergisch Gladbach

0158/2014

Herr Schundau wirbt um allseitige Unterstützung für den vorgelegten Antrag, wie andernorts in Bergisch Gladbach Blühstreifen anzulegen und damit auch den Arbeitsaufwand für StadtGrün zu verringern und Kosten für Fremdvergabe zu mindern, da im Gegensatz zu Rasen und Schnitt des Straßenbegleitgrüns der Blühstreifen nur zwei mal jährlich gemäht werden müsse.

Herr Zalfen spricht für die SPD-Fraktion seine grundsätzliche Zustimmung hierzu aus. Ihn interessiert, ob die Freifläche des Regenrückhaltebeckens in der Cederwaldstraße auch mit einer Probemischung eingesät werden könne.

Darüber hinaus erinnert er daran, dass in diesem Jahr erfolgreich eine Tagesveranstaltung mit Bürgern erfolgt sei, an diversen Stellen im Stadtgebiet aufzuräumen. Er erkundigt sich, ob künftig in diesem Zusammenhang auch die Städtischen Spielplätze mit einbezogen werden könnten, um deren Pflegezustand deutlich zu verbessern.

Herr Höring spricht sich stellvertretend für die CDU-Fraktion für grundsätzliche Unterstützungsbereitschaft aus. Ihn interessiert, welche Flächen hierfür überhaupt in Frage kommen.

Herr Dlugosch befürwortet auch den Antrag. Vorab müsse jedoch eine Kosten/Nutzenrelation erstellt und Erfahrungswerte hinsichtlich tatsächlichem Pflegeaufwand gesammelt werden.

Herr Leuthe informiert, dass der vordere Bereich des Grundstücks Regenrückhaltebecken Cederwaldstraße in der vergangenen Woche mit „Mössinger Sommer“ eingesät worden sei und jetzt abgewartet werde, wie sich das entwickle. Grundsätzlich sei diese Blumenmischung zum Einsäen der gesamten Spielplatzfläche nicht geeignet, da Blühwiesen nur zum Ansehen da seien und nicht betreten werden dürften. Außerdem seien manche Spiele in hohem Gras nicht möglich. Andere Straßenbegleitgrünflächen müssten von Grund auf neu hergerichtet werden. Darin liege das eigentliche Problem, vielerorts wüchsen Bäume, deren Wurzeln durch ein Herrichten beschädigt würden. Außerdem verhindere Beschattung den Blüheffekt. Vielfach nutze man solche Blumensaat auch als Zwischensaat, wenn es zur Bepflanzung zu spät im Jahr sei. Im ersten Jahr habe man meist einen schönen Blüheffekt. Vorgesehen sei, dass sich die Blüten selbst wieder aussäen. Üblicherweise verginge aber ein Teil der Pflanzen und würde von Ortsständigen verdrängt, sofern man nicht nachsäe.

Herr Jäger informiert zu den Flächen im ländlichen Bereich, dass es sich dabei meist um Ausgleichsflächen handele. Eine solche Fläche habe Ausgleichscharakter und sei genau zu dem Zweck hergerichtet. Sobald Erfahrungen mit den Blühflächen vorlägen, könne man sich umsehen, wo im Außenbereich solche Blühstreifen angelegt werden könnten.

Herr Dr. Fischer möchte Mehrarbeit für den Grünflächenbereich vermeiden. Es könne erst zugestimmt werden, wenn der Kostenrahmen bekannt sei und Erfahrungen aus den Testflächen im Bereich der unteren Hauptstraße vorlägen.

Herr Leuthe schlägt abschließend vor zunächst die Erfahrungen zu sammeln und danach dem Ausschuss darüber zu berichten und in diesem Zusammenhang vorzuschlagen, welche Flächen hierfür in Frage kämen.

Herr Dr. Baeumle-Courth erwähnt, dass dieser Antrag im Kreistag positiv entschieden worden sei und lässt abstimmen:

Der Vorschlag, **„Die Verwaltung schlägt vor, zunächst die Erfahrung aus den Versuchsflächen abzuwarten, zu gegebener Zeit hierüber zu berichten und sodann weiter zu beraten.“** wird einstimmig angenommen.

12.2. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 25.03.2014 zur Errichtung zusätzlicher Fahrradstellplätze an der S-Bahnhaltestelle Duckterath
0159/2014

Herr Schundau begrüßt die Verwaltungsvorlage und freut sich, dass durch die Anregung öffentliche Förderung genutzt werden könne.

Herr Dlugosch begrüßt auch diesen Antrag und bittet zu prüfen, **ob bei Umsetzung der Maßnahme eine Ladestation für E-Bikes eingerichtet werden könne.**

Dieser Antrag wird als Prüfauftrag einstimmig an die Verwaltung weiter geleitet.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Wagner

Herr Wagner erkundigt sich, wann konkret mit dem Straßenbau an den Straßen „An der Wallburg“, „Eugen-Langen-Straße“ und „Ottostraße“ begonnen werde.

Herr Hardt informiert, dass der Straßenbauabteilung schon seit längerer Zeit kein Bauleiter zur Verfügung stehe und mit dem vorhandenen Personal derzeit versucht werde, den Unfallschwerpunkt „Refrather Weg“ zu improvisieren. Seines Wissens sei noch keine Stellenausschreibung eines neuen Mitarbeiters bzw. einer neuen Mitarbeiterin erfolgt. Insofern halte er einen Beginn vor Ende des Jahres für unwahrscheinlich.

Herr Wagner hält die fehlende Information hierüber an Politik und Anwohner für unglücklich. Derzeit sei die Situation für Radfahrer sehr unbefriedigend. Auch könne die provisorische Fahrbahngestaltung im Bereich des Regenrückhaltebeckens in der Straße „An der Wallburg“ keinesfalls über einen längeren Zeitraum so belassen werden. Hier bestehe dringender Lösungsbedarf, was die Verwaltung zur Kenntnis nimmt.

Herr Galley

Herr Galley weist darauf hin, dass die Platanen in der Straße „Kippekausen“ inzwischen eine Größe und Kronenausladung erreicht haben, dass an manchen Stellen bei Wind Dachschindeln benachbarter Häuser berührt würden. Er bittet die Verwaltung darum, dieses zu prüfen und wo notwendig, entsprechenden Baumschnitt zu veranlassen, um Schäden zu vermeiden, was seitens der Verwaltung zugesichert wird. *(Der Platanenschnitt wurde in den Arbeitsplan des Bereichs StadtGrün aufgenommen. Daher ist davon auszugehen, dass der erforderliche Rückschnitt im Winterhalbjahr durchgeführt wird.)*

Herr Dlugosch

Herr Dlugosch hat vor ca. 3 Wochen der Presse entnommen, dass auf der Fläche des ärmlich aussehenden Driescher Kreisels ein Künstler unentgeltlich eine Skulptur habe errichten wollen, was von der Verwaltungsspitze abgelehnt worden sei. Er beanstandet die Eigenmächtigkeit der Verwaltung, weder Politik noch Bürger in diese Entscheidung einbezogen zu haben.

Herr Schmickler widerspricht dieser Ausführung. Er erinnert daran, dass die Verwaltung seinerzeit Gestaltungsvarianten vorgeschlagen habe, auch mit Skulpturen auf dieser Fläche. Man habe sich damals im Rahmen der Regionale nach einem Planungswettbewerb den Bedingungen des Fördermittelgebers unterworfen. Von einem Fachbeirat sei damals vorgeschlagen und politisch in diesem Ausschuss eindeutig beschlossen worden, dort auf Skulpturen zu verzichten. Man habe dieser ruhigen Variante, der Bepflanzung mit Teppichcharakter, eindeutig den Vorzug gegeben, weil der Knotenpunkt insgesamt eine sehr komplexe Situation darstelle. Herr Schmickler legt Wert darauf, dass nicht am Ausschuss vorbei entschieden worden sei, sondern man im Gegenteil den seinerzeit unter klaren und unveränderten Rahmenbedingungen getroffenen Beschluss des Ausschusses befolgt habe. Diese Begründung sei auch dem Herrn, der den Vorschlag unterbreite habe, schriftlich mitgeteilt worden. Auch, dass bei einer abweichenden Entscheidung ein Konflikt mit dem Fördermittelgeber riskiert werde.

Herr Voßler

Herr Voßler ist von Bürgern bezüglich Schülern der Grundschule an der „Odenthaler Straße“ angesprochen worden. Von der Bushaltestelle in Richtung Voiswinkel würden die Schüler direkt die Fahrbahn überqueren. Ihn interessiert, warum an dieser Stelle weder eine Ampelanlage noch ein Fußgängerüberweg existiere.

Herr Hardt informiert, dass sowohl der Knoten an der Straße „An der Engelsfuhr“ als auch der an der Einmündung „Jägerstraße“ mit Lichtsignalanlage gesichert seien. Die Bushaltestelle läge genau dazwischen. Ein Zebrastreifen dürfe dort aufgrund des Verkehrsaufkommens unzulässig sein. Eine weitere Lichtsignalanlage würde den Verkehrsfluss auf der „Odenthaler Straße“ vollkommen zum Erliegen bringen. Auch hinsichtlich Schulwegsicherung sei dieser Bereich mit Lichtsignalanlagen vor und hinter dieser Haltestelle ausreichend signalisiert.

Herr Schundau

Herr Schundau erkundigt sich, ob die Deutsche Bahn die Kosten der vom städtischen Bauhof gereinigten Überdachungen der Fahrradständer (Seite 50 der Einladung) übernehme.

Herr Hardt verneint. Als die DB darauf angesprochen worden sei, sei seitens der Deutschen Bahn signalisiert worden, dass mit dem Bau der Fahrradständer diese auch gleichzeitig an die Stadt übergeben worden seien. Daher werde auch vorliegend für die weiteren Fahrradstellplätze der städtische Förderantrag gestellt.

Frau Bilo

Frau Bilo hat 3 Fragen.

1. erinnert Frau Bilo daran, vor gut 2 Jahren darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass die Rigole „Am Heidetor“ in Bergisch Gladbach Hebborn kaputt sei, denn es werde kein Wasser mehr gesammelt sondern es versickere. Zur Umgrenzung sei ein 2 m hoher Stabgitterzaun gebaut worden, um zu verhindern, dass jemand ertrinke. Aber da sei nichts mehr, wo man ertrinken könnte. Mittlerweile seien 2 Wachstumsperioden abgeschlossen und bis heute sei nichts geschehen. Sie erkundigt sich, ob dort überhaupt noch irgendwann etwas gemacht werde. Darüber hinaus interessiert sie, ob man den Hersteller noch in Regress nehmen könne und werde.

Herr Jäger informiert, dass die Angelegenheit keineswegs vergessen sei. Im Gegenteil. Es habe Schwierigkeiten gegeben, die Finanzierung zu ordnen. Die Anlage sei damals als Ausgleichsmaßnahme vom Investor hergestellt worden im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes. Der Investor habe sich verpflichtet, die Maßnahme einmal herzustellen und für die Pflegemaßnahmen einen bestimmten Geldbetrag einzuzahlen, was auch erfolgt sei. Inzwischen sei man in der Planungsphase und werde im Anschluss daran die Bauarbeiten durchführen. Dieses Prozedere sei komplizierter als es aussehe, da die Fläche komplett neu herzustellen sei. Daher bittet Herr Jäger um weitere Geduld.

Frau Bilo hat Sorge, dass sich die Situation mit fortschreitender Zeit verschlechtere, was Herr Jäger verneint.

2. Frau Bilo erkundigt sich nach dem Grundstück „Jägerstraße/Odenthaler Straße“, das die Stadt zur Kreuzungserweiterung gekauft habe. Sie fragt nach dem aktuellen Stand.

Herr Jäger führt aus, dass das Eckgrundstück mit dem alten Doppelgebäude, was sich noch ein wenig in die „Jägerstraße“ hineinziehe, offiziell vom FB 8 erworben worden sei. Der Abriss des Gebäudes werde vorbereitet. Der hintere Grundstücksteil solle vermarktet werden und der vordere Teil der Aufweitung der Straßenfläche der Einmündung „Jägersstraße“, entsprechend der Vorgabe des alten Bebauungsplanes, dienen.

Herr Hardt bestätigt diese Information. Er hält erst die Vermarktung und Bebauung und danach die Erneuerung von Straße und Gehweg für die sinnvollere Reihenfolge.

3. Frau Bilo weist auf den derzeitigen, etwas heruntergekommenen Zustand des Platzes „Zur Eiche“ in Gronau hin. Diese Örtlichkeit werde gerne dazu genutzt, schöne Bilder der Stadt zu zeigen. Die dort gepflanzten Osterglocken seien schon mehr als 2 Monate verblüht. Sie erkundigt sich, ob es sich um eine einmalige Aktion gehandelt habe oder ob da in regelmäßigen Abständen etwas geschehe.

Herr Leuthe informiert, dass der Platz mit der großen Eiche in diesem denkmalgeschützten Bereich Bestandteil der Fremdvergabe sei. Die dortige Unterholzbepflanzung müsse regelmäßig geschnitten werden. Wann die Fachfirma damit wieder anfangen müsse, er intern klären.

Im Herbst gebe es das Problem mit dem Laubfall. Im Umkreis des Platzes seien die Anlieger zuständig, auf dem Platz selbst die Stadt. Man müsse dann immer warten, bis die Fachfirma komme und das Laub aufnehme. *(Die turnusmäßige Pflege des dortigen städtischen Grüns ist inzwischen erfolgt. Nächster Pflegedurchgang wird Ende Juni/Anfang Juli 2014 sein. Der Bewuchs an Wildkräutern im Straßenpflaster und seitlichen Rinnenbereich wird nach dem Vegetationsschub im Juli mit dem Wildkrautbesen beseitigt.)*

Herr Höring

Herr Höring dankt in dieser voraussichtlich letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Baeumle-Courth, sowie dessen Vorgänger, Herrn Ziffus, für die gute Zusammenarbeit. Ebenso den Damen und Herren der Verwaltung. Unklar sei noch, wie der künftige Ausschuss heißen werde. Jedenfalls habe die Zusammenarbeit auch bei unterschiedlichen Sichtweisen gut funktioniert und zu vernünftigen Arbeitsergebnissen geführt.

Herr Dr. Baeumle Courth spricht für die gesamte Bank seinen Dank aus. Persönlich habe er das, auch wenn es unter seinem Vorsitz nur 3 Sitzungen gewesen seien, für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorgesehen gehabt.

Herr Karakus

Herr Karakus ist wiederholt aufgefallen, dass auf der „Paffrather/Alte Wipperfürther Straße“, aus der „Handstraße“ kommend, die Ampelanlage morgens früh bis zu 5 Minuten Rot zeige. Er vermutet einen Defekt der Kontaktschleife.

Herr Hardt sagt zu sich darum zu kümmern.

Im Übrigen ist er dankbar für solche Rückmeldungen. Oftmals würden solche Zustände, wie dunkle Wartehallen, erst nach Monaten gemeldet.

Herr Dlugosch

Herr Dlugosch weist darauf hin, dass die Akustikanlage seines Erachtens anders eingestellt sei als sonst, da es aktuell mehr halle, auch für seinen Nachbarn und dadurch die Verständlichkeit deutlich herabgesetzt gewesen sei.

Die Verwaltung wird sich darum kümmern. *(Seitens der Hausmeister wird vermehrt auf die Klangqualität geachtet und die Problematik nachhaltig behoben.)*

Herr Dr. Baeumle-Courth schließt um 18.54 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und dankt für das Interesse.

Gez.: Dr. Peter Baeumle-Courth

Gez.: Kamenzky

Dr. Peter Baeumle-Courth
Ausschussvorsitzender

Doris Kamenzky
Schriftführerin